



EU-Reaktion auf US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumzufuhren

Handelskommissarin Malmström führt Gespräche über Ausnahme der EU, Gegenmaßnahmen in Vorbereitung und Abstimmung mit den EU-Mitgliedstaaten

Am 10.03.2018 trafen sich in Brüssel Handelskommissarin Cecilia Malmström, der japanische Wirtschafts- und Industrieminister Hiroshige Seko und der US-Handelsbeauftragte Robert E. Lighthizer zu Gesprächen über die weltweiten Überkapazitäten und Maßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrungen im Stahlsektor. Das Treffen war die Fortsetzung einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, welche die EU, Japan und die USA am Rande des WTO-Ministertreffens im Dezember 2017 begonnen hatten.

Im Anschluss an die Sitzung teilte die Europäische Kommission in einer Presseerklärung mit, dass Einvernehmen bestand, strengere Regeln gegen Subventionen zu entwickeln, die Wirksamkeit der Überwachungs- und Notifizierungssysteme der WTO zu verbessern und den Informationsaustausch über wettbewerbsverzerrende Praktiken zu intensivieren. Malmström, Seko und Lighthizer kamen auch überein, ihr Vorgehen und ihre Arbeit in internationalen Gremien wie der G7, der G20, der OECD und im Globalen Stahl Forum eng zu koordinieren.

In dem Treffen haben Malmström und Seko gemeinsam gegenüber dem US-Handelsbeauftragten ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die EU und Japan als langjährige Verbündete der USA von den amerikanischen Zollmaßnahmen auf Stahl- und Aluminium ausgenommen werden. Malmström traf sich auch bilateral mit Lighthizer, um Ausnahmen für die EU zu erreichen. In einem Tweet teilte die Handelskommissarin mit, dass noch keine Klarheit über das Verfahren bestünde und dass die Gespräche weitergingen.

Nach der Sitzung des Kommissionskollegiums am 07.03.2018 hatte Handelskommissarin Malmström auf einer Pressekonferenz die mögliche Reaktion der EU auf zusätzliche US-Zölle auf Stahl und Aluminium dargelegt. Malmström erklärte, dass mit relevanten Politikern in den USA Gespräche geführt würden mit dem Ziel, die von Trump angekündigten

Maßnahmen noch abzuwenden – was nicht gelungen ist – oder die EU davon auszunehmen. Den von der US-Regierung angeführten Grund, die Stahlimporte aus der EU gefährdeten die nationale Sicherheit, wies die Kommissarin zurück. Die Kommission sei außerdem der Auffassung, dass die angekündigten Maßnahmen nicht im Einklang mit WTO-Regeln stünden. Malmström zufolge würden die US-Zollmaßnahmen Tausende Arbeitsplätze in der EU gefährden. Dies könne die EU nicht hinnehmen und werde entschlossen und angemessen reagieren.

Diese Reaktion soll auf drei Ebenen erfolgen:

1. Einleitung eines Verfahrens bei der WTO mit anderen Handelsnationen;
2. Konsequente Anwendung der EU-Handelsschutzinstrumente auf Stahl- und Aluminiumimporte in die EU;
3. Erhebung von Zöllen auf Waren aus den USA als Ausgleich („rebalancing“). Eine Liste wird derzeit mit den Mitgliedstaaten ab-gestimmt. Diese Liste enthält, so Malmström, sowohl Stahl- und Industrieerzeugnisse als auch Agrarprodukte und soll sehr bald veröffentlicht werden.

Malmström betonte, dass die EU keine Eskalation wolle und verhältnismäßig reagieren werde. Sie erinnerte daran, dass das Grundproblem bei Stahl und Aluminium die weltweiten Überkapazitäten und die massiven staatlichen Subventionen in manchen Ländern sind. Die Kommissarin verwies auf das Globale Forum, in dem die G-20 Lösungen bei der Frage der Stahlüberkapazitäten erarbeiten. Das Problem, so Malmström, könne nur gemeinsam angegangen werden, Protektionismus sei keine Lösung.

Vor dem Hintergrund der Gefahr eines Umlenkens der Handelsströme in den Sektoren Stahl und Aluminium besonders aus Asien nach Europa, werden die Handelsschutzinstrumente der EU eine wichtige Funktion einnehmen. Am 05.03.2018 hat die EU die Antidumping-Maßnahmen gegen die Einfuhr nahtloser Edelstahlrohre aus

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



China um fünf Jahre verlängert. Die Antidumpingzölle liegen zwischen 48,3 % und 71,9 %. Nach aktuellen Angaben der Europäischen Kommission sind derzeit 53 Handelsschutzmaßnahmen für Stahl- und Eisenerzeugnisse in der EU in Kraft, 27 davon betreffen Einfuhren aus China.

Weiterführende Informationen:

Antidumping – Auszug aus Amtsblatt der EU

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018R0330&from=EN>

Aussagen von Kommissionspräsident Juncker und Kommissarin Malmström zu den US-Maßnahmen:

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1805>

[Pressemitteilung der Kommission nach Treffen Malmström, Seto und Lighthizer:](#)

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1810>

[Proklamation des US-Präsidenten:](#)

<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/presidential-proclamation-adjusting-imports-steel-united-states/>